

Antrag (Entschließung) der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU**Verkehrsinfrastruktur in der Region sichern – Gemeinderat Lilienthal muss Blockade gegen die Linie 4 aufgeben**

Mobilität ist eine der Grundvoraussetzungen für den wirtschaftlichen Erfolg unserer Region. Um Mobilität zu gewährleisten und auch im Interesse des Klimaschutzes zu handeln, sind Investitionen in umweltfreundliche Verkehrsträger, wie zum Beispiel den öffentlichen Nahverkehr, von zunehmender Bedeutung.

In diesem Zusammenhang ist die Fortführung der Bremer Straßenbahnlinie 4 über die Landesgrenze hinaus von Borgfeld nach Falkenberg zu sehen.

Am 4. April 2006 wurde zwischen der Stadtgemeinde Bremen und der Gemeinde Lilienthal eine Durchführungsvereinbarung über die Verlängerung der Linie 4 von Bremen-Borgfeld nach Lilienthal-Falkenberg und über die Realisierung der Ortsentlastungsstraße Lilienthal geschlossen.

Diese Vereinbarung enthält u. a. folgende Aussage: „Zwischen der Gemeinde Lilienthal und der Stadtgemeinde Bremen besteht das Einvernehmen, dass die Anbindung des 2. Bauabschnitts der Ortsentlastungsstraße Lilienthal an das bremische Straßennetz erst nach dem Baubeginn des 3. Bauabschnitts der Straßenbahnlinie 4 in Lilienthal erfolgen wird.“

Die Deputation für Bau und Verkehr sprach sich am 4. Oktober 2007 einstimmig für den Weiterbau der Linie 4 sowie für die Ortsentlastungsstraße Lilienthal aus. Bremen ist an beiden Projekten finanziell beteiligt.

Am 19. September 2008 bekräftigte die Deputation erneut einstimmig den Weiterbau der Linie 4.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in dem Beschluss des Gemeinderates Lilienthal gegen die Verlängerung der Linie 4 nach Falkenberg einen Bruch der Durchführungsvereinbarung vom April 2006.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass das Projekt „Weiterbau der Linie 4 sowie der Ortsentlastungsstraße Lilienthal“ zu Ende geführt wird, um eine umweltfreundliche Mobilität in der Region zu gewährleisten.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet von der Gemeinde Lilienthal, dass die Durchführungsvereinbarung zur Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 und zur Realisierung der Ortsentlastungsstraße Lilienthal in allen Punkten eingehalten wird.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet, dass der Senat umgehend Gespräche mit der Gemeinde Lilienthal und der niedersächsischen Landesregierung führt, mit dem Ziel, die Einhaltung der mit der Gemeinde Lilienthal geschlossenen Verträge zu erreichen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet ferner eine Prüfung, wie die Baumaßnahmen auf den mit Bremer Mitteln finanzierten Abschnitten der Ortsentlastungs-

straße Lilienthal unverzüglich so lange eingestellt werden können, bis die Gemeinde Lilienthal ihren Beschluss revidiert.

Reimund Kasper, Birgit Busch,
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Dr. Maike Schaefer,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dieter Focke,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU